



Mr. 114. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 93. Jahrgang.
 Freitag den 17. Mai 1918.
 Bezugspreis: In der Stadt mit Krügerlohn M. 1.05 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortbezirk M. 1.85, im Fernverkehr M. 1.05, Beleggeld in Württemberg 30 Pfg.

Vom Landtag. Der Justizminister u. der Minister des Innern über ihr Ressort.

Württemberg und der Parlamentarismus.

Bei der gestrigen Beratung des Staatshaushalts in der Zweiten Kammer des württemb. Landtags sprach zuerst der neue Justizminister Mandry über die in seinem Ressort bevorstehenden großen gesetzgeberischen Aufgaben, deren Erledigung eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen wird. Es wird sich darum handeln, das württembergische Landrecht mit dem neuen Reichsrecht in Einklang zu bringen. Demnächst werde ein neues Reichsstrafgesetzbuch der Öffentlichkeit unterbreitet werden; daneben soll dann noch die Umgestaltung des Zivilprozessverfahrens und die Umgestaltung und Neuordnung der Strafprozessordnung erfolgen. Wann die Neuordnung des Verfahrens gegen die Jugendlichen kommt, darüber konnte keine Auskunft gegeben werden. Die Einrichtung der Jugendgerichte habe sich gut bewährt, ebenso die bedingte Begnadigung. Der neue Minister des Innern v. Köhler bezeichnete es als sein Programm, mit offenem Auge für die Bedürfnisse der Zeit, ohne Vorurteil und mit besonnenem kritischen Blick und Zielbewußtsein zu handeln. Der Redner sprach dann über die Fragen der Übergangswirtschaft; er werde bestrebt sein, die Vertretung Württembergs in den Kriegsgesellschaften und in den wirtschaftlichen Vertretungsstellen des Reichs (die natürlich für die Übergangswirtschaft sehr erheblich in Frage komme) zu stärken, auch die Schaffung leistungsfähiger Schiffahrtsstraßen werde er nach Kräften fördern. Er werde die Bearbeitung des Projekts für den Rhein, Neckar, Donau- und Bodenseekanal möglichst beschleunigen und die Elektrizitätsversorgung des Landes unter Vermeidung unnötiger Eingriffe organisch weiterentwickeln. Der Landwirtschaft werde er seine besondere Fürsorge zuwenden. Der Minister bekannte sich als überzeugten Anhänger der Aufhebung der Kreisregierungen und einer möglichst weitgehenden Vereinfachung der Staatsverwaltung, auch einer Vereinfachung der Verwaltung der kleinen Gemeinden. Für das Frauenwahlrecht konnte sich der Minister nicht begeistern und begründete diese Abneigung mit ethischen und natürlichen Gesichtspunkten.

Ein besonderes politisches Gepräge aber gab der gestrigen Sitzung ein Duell zwischen dem Abg. Hausmann (Sp.) und dem Ministerpräsidenten Herr v. Weizsäcker über die Frage der Teilnahme des Landtag bei einem Wechsel in der Regierung im allgemeinen und der Aufnahme von Abgeordneten in die Regierung im besonderen, mit andern Worten über die Frage der Parlamentarisierung und weiterhin des Parlamentarismus. Hausmann hatte schon vor ein paar Tagen dem Bedenken darüber Ausdruck gegeben, wie die Ministerwechsel in letzter Zeit vorgenommen worden seien, ohne daß gewisse Anhaltspunkte dafür beständen, welche Gründe diese Rücktritte und Verschöbungen eigentlich gehabt hätten. Auch schon der Rücktritt Fischers nach den Wahlen sei nicht ganz klar gewesen. Was diesen letzteren Fall anbelangt, so erscheint er unseres Erachtens doch geklärt; denn Fischel ging wohl, weil er eine starke Opposition von Seiten der Rechten, die damals eine geringe Mehrheit erhalten hatte, gegenüber seiner in linksliberalen Sinne gerichteten Politik befürchtete. Er trug also dem Charakter des Parlamentarismus durchaus Rechnung. Der Ministerpräsident hatte nun vorgezogen die Änderungen im Ministerium als rein persönlichen und keineswegs politischen Beweggründe entsprechend bezeichnet. Daß die beiden letzten Ministererennungen ohne Mißwissen der Kammer erfolgt seien, rechtfertigte er damit, daß eine besondere Aufklärung nicht erforderlich gewesen sei, da das Land sich in seiner Krise befinde. Er sei kein grundsätzlicher Gegner der Ernennung von Parlamentariern auf Ministerposten. Daß zurzeit kein Mitglied der Regierung dem Hause angehöre, sei eine reine Zufälligkeit. Die Regierung sei entschlossen, die Fühlung mit den Ständen aufrechtzuerhalten. Diese Erklärung genügte aber dem Abg. Hausmann nicht. Er erwiderte gestern, die Haltung der Regierung in der konstitutionellen Frage sei nicht genügend geklärt, es sei ihm nicht

eingefallen, bei der Ernennung von Ministern die Anhörung von Vertretern des Landtags seitens der Krone zu verlangen, sondern es liege ein verletzender Punkt für den Landtag darin, daß man ihn bei den drei eingetretenen Balkenzen umgangen habe. Es wäre wünschenswert, wenn die Entwicklung, die sich jetzt im Reich ohne Schaden vollzogen habe, auch in Württemberg vollzöge. Es sei bei uns in dieser Richtung ein gewisser Rückschritt zu verzeichnen, denn Herr v. Mitnacht habe die Übung gehabt, sich bei Ministerankünften mit dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer zu besprechen. Nun reagierte Herr v. Weizsäcker direkt. Er meinte, für eine grundsätzliche theoretische Auseinandersetzung über den Parlamentarismus sei jetzt nicht die geeignete Zeit. Er bestritt zudem, daß das Land eine parlamentarische Konstitution verlange. Ueber die von Hausmann vorgeschlagene Entwicklung und Bewegung im Reich möchte er aus Gründen vaterländischer Pflicht schweigen. Während der ganzen Dauer des langen Krieges habe Regierung und Volksvertretung vertrauensvoll zusammengearbeitet in vollster Uebereinstimmung und Wahrung des Burgfriedens. Es sei deshalb zu bebauern, daß in der Stunde der Not des Vaterlandes überhaupt solche innerpolitische Streitigkeiten zutage treten. Der Behauptung des Ministerpräsidenten, das parlamentarische System habe im feindlichen Ausland Fiasko gemacht, wurde von der Linken lebhaft widersprochen. Der Abg. Fischer (Sp.) erwiderte, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß beim parlamentarischen System der Staatsgedanke viel fester im Volke verankert sei, wie auch die gegenwärtigen Zustände in Frankreich und England zeigen. Bei näherer, objektiver Betrachtung wird man dieser Anschauung auch beipflichten müssen, es ist keine Frage, das parlamentarische System hat den jetzigen Regierungen in den feindlichen Ländern gerade die Stärke gegeben, die ihnen die Ausübung einer fast diktatorischen Gewalt ermöglicht, und zwar im Interesse ihres Landes, — wie sie sagen. Wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß der Instinkt dieser Völker durchaus mit der Haltung ihrer Regierungen einig geht, wenn der Verstand angefaßt der eingetretenen Verhältnisse auch zur Bestimmung mahnt. Also darüber ist kein Zweifel möglich, eine Regierung, die mit der Volksvertretung in inniger Beziehung steht, ist aus rein volkpsychologischen Gründen immer sicherer, als eine solche, die mit dem Volk keinen Kontakt hat. Für den vorliegenden Fall trifft das ja aber nicht zu. Und im Interesse einer ruhigen gesunden Fortentwicklung unserer Staatsverfassung wird man sich daher am besten auf den Standpunkt des Abg. Kienne stellen, der im Namen des Zentrums sagte, seine Partei wolle eine starke Monarchie, ebenso aber auch eine kraftvolle Volksvertretung und ein erprobtes, vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung unter engerer lebendiger Führungnahme. O. S.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen Die deutsche amtliche Meldung.

(W.B.) Großes Hauptquartier, 16. Mai. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz: Nach Abschluß der gestrigen Infanteriegefechte nördlich vom Kemmel, in denen wir die Franzosen aus dem letzten Einbruchsstellen wieder zurückwarfen, stand der Artilleriekampf im Kemmelgebiet ab; auch an den andern Kriegsschauplätzen ließ die Artillerietätigkeit nach. Heftige Feuerüberfälle dauerten gegen unsere Infanterie- und Artilleriestellungen beiderseits des La Bassée-Kanals, sowie zwischen Somme und Aire an. Auf dem westlichen Ufer der Aire ließ der Feind gestern früh aus dem Generalwald mit starken Kräften vor. Unter schwerem Verlust wurde er zurückgeschlagen. — An der übrigen Front kleinere Vorfeldkämpfe.

Starker Fliegerkampf an den Kampfronten führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen 33 feindliche Flugzeuge ab, 14 von ihnen brachten wiederum das flüchtige von Ministerpräsidenten v. Nitschke geführte Jagdgeschwader zum Absinken. Leutnant Windisch errang seinen 20. Luftsieg. Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Neue U-Bootserfolge.

(W.B.) Berlin, 16. Mai. (Amtlich.) Unsere Mittelmeerunterseeboote vernichteten über 25 000 Bunttoregister-tonnen feindlichen Schiffsraums. Den Hauptanteil an diesem Erfolg hatte das von Kapitänleutnant Marschall befehligte Unterseeboot. Die englischen beladenen Dampfer „Kut Sang“ (7895 Brt.) und „Conway“ (4000 Brt.) wurden aus gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Der ganz neue, mit zwei Hilfsmotoren versehene amerikanische Viermast-schoner „City of Benavola“ (705 Brt.) wurde durch Sprengpatronen versenkt. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Wie der Unterseebootkrieg keinen feindlichen Erwerbszweig verschont, dafür dient folgender Bericht über die chemische Industrie Englands als Beleg. Der Markt stagniert seit Jahresbeginn vollkommen. In normalen Zeiten würde man mit Beginn des Frühjahr ein großes Geschäft in Düngemittel gemacht haben, doch sind diesmal einige Artikel, z. B. Ammoniumsulfat kaum aufzutreiben. Die Ausfuhr ist gleich null, die Einfuhr durch die Schiffsraumnot sehr behindert. In Chile häufen sich Niesenvorräte von Salpeter an, in Florida (Berein. Staaten) solche von Superphosphat. Auf Hilfe aus den Vereinigten Staaten ist nicht zu rechnen, da die Regierung aus Mangel an Schiffen nur Artikel herausläßt, die für die Kriegführung unerlässlich sind. Kalksalz für technische Zwecke war im März etwas leichter zu haben. Eine Ausnahme bildete Nektal, das vom Markte verschwunden ist. Sodiumsulfid war für die letzten Handelschiffe nicht mehr erhältlich. Um die britische Erzeugung zu steigern und die deutsche Konkurrenz, besonders das deutsche Spiritimonopol nach dem Kriege zu brechen, ist im Parlament der Entwurf zu einem neuen Patent- und Ehrenzweigen gesetz eingebracht worden, das aber in den Kreisen der englischen Handelskammer auf heftigen Widerspruch stößt.

Eine lahmte Erklärung der englischen Admiralität zum U-Bootkrieg.

(W.B.) London, 16. Mai. (Reuter.) Im Unterhaus fragte ein Abgeordneter, ob die Admiralität Mitteilungen über erfolgreiche Unternehmungen zur Erbeutung und Vernichtung feindlicher U-Boote machen könne, die in den letzten drei Wochen an den Küsten Großbritanniens und Irlands vorgenommen worden seien. Mac Namara antwortete: Die Admiralität ist der Meinung, daß der U-Bootkrieg nicht kurzfristig beurteilt werden darf. Im ganzen ist der U-Bootkrieg nach seiner allgemeinen Richtung seit dem 1. Januar ganz befriedigend verlaufen (für wen?). Nachrichten aus neutralen Ländern, sowie die wachsende Präzision und die öffentliche Ablehnung des Feindes beweisen unsere Erfolge in der letzten Zeit. Aber die Admiralität ist gegen die Veröffentlichung sowohl guter wie auch schlechter Resultate eines kurzen Zeitraums. Sie wird dagegen auch weiter die Veröffentlichung von Kämpfen mit feindlichen U-Booten zulassen, wenn die öffentlichen Interessen es erlauben. Mac Namara fügte hinzu, daß die Zahl der erfolglos angegriffenen Schiffe vom 1. Januar bis 30. April 172 betrage.

Aus dem feindlichen Lager.

Folgen der Unordnung im Frachtverkehr der E. ...

(W.B.) Bern, 16. Mai. „Koppel“ berichtet, daß in Port Said infolge Umladens sämtlicher Frachten heillose Unordnung herrsche, die schon die ernstesten Folgen gehabt habe. So sei an der französisch-englischen Front eine große Anzahl Pferde eingegangen, weil in das Futter, das in Port Said umgeladen worden war, Rhizinusöl fürner gemischt waren. Man könne noch hundertlei dergleichen Fälle anführen.

Der Rückgang der englischen Einfuhr.

(W.B.) London, 16. Mai. Bei Einbringung der Budgetvorlage im Unterhaus lenkte der Präsident des Handelsamts, Stanley, die Aufmerksamkeit auf die ungeheure Abnahme der Einfuhr des Landes seit Kriegsbeginn. Die gesamte Einfuhr im Jahre 1917 betrug nur zwei Drittel der Einfuhr

des Jahres 1913 und in diesem Jahre würde sie schätzungsweise nicht mehr als die Hälfte derjenigen von 1913 betragen. Vor dem Kriege würde niemand prophezeit haben, daß das Land bei einer offenbar ganz geringen Einschränkung mit etwa der Hälfte der Einfuhr vor dem Kriege auskommen könne. Dies sei eine wertvolle Lehre und sollte nach dem Kriege nicht vergessen werden. Wir sollten es uns nicht wieder erlauben, für einen so großen Teil unserer täglichen Bedürfnisse uns von fremden Hilfsquellen abhängig zu machen. Es sei eine völlige Wandlung des ganzen industriellen Lebens des Landes eingetreten, aber heute im 4. Kriegsjahre sei die Gesamtzeugung der Industrie nur ein ganz klein wenig niedriger, als vor dem Kriege. Stanley hob dann die von den Offizieren und Mannschaften der Handelsmarine bewiesene Tapferkeit hervor, von welcher 12.500 seit Kriegsbeginn das Leben verloren hätten. Aber trotzdem gäbe es keinen Mann oder Offizier, der nicht fahren wollte, wenn das Schiff klar sei.

Belgische Ansprüche.

* Berlin, 17. Mai. Wie dem „S. L.-M.“ aus Haag mitgeteilt wird, veröffentlicht die englische Zeitschrift „Tribune“ einen Bericht über eine Londoner Sitzung der Kgl. Gesellschaft für Kunst. Auf dieser Versammlung gab der belgische Unterrichtsminister Lambot einen Ueberblick über die Verluste von Kunstgegenständen, die Belgien infolge des Krieges erlitten hat. Der Redner forderte schließlich die Regierungen der Verbündeten auf, beim Friedensschluß von Deutschland Ersatz für diese Verluste zu fordern.

Von den Neutralen.

Die Schweiz unter dem Druck der Entente.

(W.B.) Berlin, 16. Mai. Die Verhandlungen der deutschen und schweizerischen Unterhändler über den Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens hatten zu einer für beide Teile befriedigenden Lösung geführt. Die Bedingungen und die Annahme des Vertrages waren vom schweizerischen Bundesrat am Dienstagabend einstimmig genehmigt worden, so daß der Vertrag von den beiderseitigen Delegierten am Mittwoch den 15. Mai endgültig aufgesetzt werden konnte. Es war darin den durch die französische Kohlenofferte bereits verursachten Schwierigkeiten in der Weise Rechnung getragen, daß deutscherseits auf die Kohlenverwendungskontrolle solange verzichtet wurde, als Frankreich seine Zusage auch nur annähernd in demselben Verhältnis erfüllen würde wie Deutschland. Auf das plötzliche Dazwischentreten des französischen Geschäftsträgers ist in letzter Stunde das schon genehmigte Abkommen zurückgezogen worden. Die französische Regierung hat der Schweiz die Forderung gestellt, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, widrigenfalls das Kohlenangebot hinfällig werden würde. Für diesen Fall hat der französische Geschäftsträger der Schweiz den Wirtschaftskrieg seitens der Entente in Aussicht gestellt. Gegenüber den unabsehbaren Folgen des von der französischen Regierung angebotenen Wirtschaftsrieges hat die Schweiz sich eine Ueberlegungsfrist bis zum 22. Mai erbeten. Damit ist vom heutigen Tag an der vertragslose Zustand zwischen Deutschland und der Schweiz eingetreten, für dessen Folgen Deutschland die Verantwortung abseht.

Englische Minen an der schwedischen Küste.

(W.B.) Stockholm, 16. Mai. Vergangenen Sonntag fuhr ein schwedischer Dampfer an der schwedischen Westküste auf eine Mine und sank. Dabei sind acht schwedische Seeleute umgekommen. Nachdem ententefreundliche Blätter, wie „Dagens Nyheter“, zunächst behauptet hatten, daß die in letzter Zeit vor der schwedischen Westküste tre-

henden zahlreichen Minen deutschen Ursprungs seien, veröffentlichten heute die Zeitungen eine amtliche Erklärung des Marineamts, wonach es sich um englische Minen handelt. Im Anschluß hieran bemerkte „Stockh. Dagbladet“: Das fürchterliche Minenunglück, das acht Schweden das Leben kostete, ist die Folge der Auslegung eines für die schwedische Schifffahrt und Fischerei äußerst gefährlichen Minenfeldes unmittelbar vor unserer Küste, wenn nicht sogar innerhalb der schwedischen Gewässer. In Gothenburg und an der ganzen Küste von Bohus hat diese Minierung tiefe Verstimmung hervorgerufen. Es ist zum mindesten auffallend, daß man in London dieses Minenfeld nicht angefangen hat, sondern ohne Warnung auslegte. Man kann nicht umhin, an die Minierung der Schelbembündung zu denken, die ein holländisches Schiff und seine nichtsahnende Besatzung ins Unglück stürzte. Die Maßregel ist ein neuer Beweis für die Verwilderung der Kriegführung.

Bermischte Nachrichten.

Besuch des Kaisers Karl in Sofia und Konstantinopel.

(W.B.) Wien, 17. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern vormittag nach Sofia und Konstantinopel gereist, um dem Zaren der Bulgaren und dem Sultan ihren Antrittsbesuch abzustatten. Im Gefolge der Majestäten befinden sich die obersten Hofchargen, der Minister des Aeußern, Graf Burian, der österreichische Handelsminister Freiherr v. Wieser, der ungarische Minister a latere Graf Tisza und der Chef des Generalstabs, Freiherr v. Arz. Reuterschwindel.

(W.B.) Berlin, 16. Mai. Die „Nordd. Allg. Z.“ schreibt: Keine Unruhen in Moskau. Nach einer Reutersmeldung, die auch von der deutschen Presse gebracht worden ist, solle es in Moskau zu hartnäckigen Kämpfen zwischen Bolschewiki und Anarchisten gekommen sein. Wie wir von zuständiger Stelle aus Moskau hören, ist diese Meldung gänzlich unzutreffend. In Moskau herrscht völlige Ruhe.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. Mai 1918.

Das Eisene Kreuz.

Ernst Straile aus Mithensgietz, bei einem Infanterieregiment, ist zum Gefreiten befördert worden und hat zur Silbernen Verdienstmedaille das Eisene Kreuz erhalten.

Verwundetenabzeichen.

(K. M.) Nachdem nunmehr die Ausführungsbestimmungen betreffend das am 3. März gestiftete Verwundetenabzeichen erschienen sind, wird besonders darauf hingewiesen, daß die Verleihung des Abzeichens an bereits entlassene Heeresangehörige durch die Bezirkskommandos erfolgt, daß also etwaige Anträge Entlassener auf Verleihung an das zuständige Bezirkskommando zu richten sind. (S.C.B.)

Vom Rathaus.

Unter dem Vorsitz von Stadtschultheißenamtsverweser G. N. Dreiß fand gestern eine öffentliche Sitzung beider Kollegien statt. Der Vorsitzende begrüßte das zurzeit im Urlaub vom Felde hier anwesende Mitglied des Bürgerausschusses Rechtsanwalt Rheinwald. — Die Besitzer der Leichenwagen der Stadt wünschen entsprechend den Kriegsverhältnissen eine Erhöhung der Belohnung für das Leichenführen. Sie schlagen vor, die Gebühren für die 1. Klasse von 12 auf 15 M., für die 2. Klasse von 10 auf 12 M., für die 3. Klasse von 8 auf 10 M. zu erhöhen, für Kinderbeerdigungen in 1. Klasse von 6 auf 7 M., in 2. Klasse

von 5 auf 6 M. Die Erhöhung wurde genehmigt. — Dem Gesuch der Mehgerinnung um Nachlaß des Pachtzinses für die Ueberlassung der städtischen Grundstücke, auf denen Schlachthaus und Kühlhalle erstellt sind, weil die Schlachthausgebühren infolge des Zurückgangs der Schlachtungen wesentlich zurückgegangen sind, wurde insoweit entsprochen, als von dem Pachtzins von 300 M. von jetzt ab 100 M. über die Kriegszeit nachgelassen werden sollen. Die Schlachthausgebühren sollen von 1 1/2 auf 2 1/2 % erhöht werden. — Für den Monat Februar wurden 1562 M. für den Monat März 2530 M. für städtische Wohlfahrtspflege als staatlicher Beitrag genehmigt. — Im Zusammenhang mit einer Anfrage des Oberamts, wie nach der amtlichen Mitteilung des Todes von Stadtschultheiß Conz die Stadtverwaltung die Frage der Wiederbesetzung der Stadtvorstandsstelle erledigen will, erklärte der Vorsitzende, er würde vorschlagen, die Stelle auszufahren, damit er sich jetzt mehr seinem eigenen Geschäft widmen könne, und weil er die Stellvertretung doch lediglich nur für Herrn Stadtschultheiß Conz übernommen habe. G. N. Staubenmeyer und G. N. Bäuschle trugen Bedenken, die Stadtvorstandsstelle jetzt im Kriege zu besetzen, weil die 200 bis 300 im Felde stehenden Wähler diese Zurücksetzung nicht verstehen könnten, und auch die etwaigen Bewerber berücksichtigt werden sollen, die jetzt im Felde stehen oder militärische Stellen bekleiden, die sie nicht sofort verlassen können. Amtsverweser Dreiß habe die Geschäfte bisher zur allgemeinen Zufriedenheit mit Unterstützung seiner Beamten gut durchgeführt, und die beiden Mitglieder sprachen deshalb die Ansicht aus, Herr Dreiß dürfe die Stellvertretung noch weiterhin, möglichst bis Friedensschluß, übernehmen. Es wäre etwas anderes, wenn eine Persönlichkeit gefunden würde, von der man sicher wäre, daß sie die große Mehrzahl der Wähler befriedigen würde. — W. D. Wagner meinte dagegen, das Provisorium sollte doch nicht solange hinausgerückt werden, man wisse nicht, wie lange der Krieg noch dauere. — Nach Erwägung aller in Betracht kommenden Fragen kamen die Kollegien zu dem Beschluß, die Besetzung der Stelle definitiv erst nach Friedensschluß vorzunehmen, weil jetzt im Krieg doch keine größeren Maßnahmen für die Stadt zu treffen sind, und in geheimer Wahl wurde Herr Dreiß wieder zum stellv. Stadtvorstand gewählt. Sein Gehalt wurde von 2400 auf 3000 M. erhöht. — Die Staatsstraßenbauverwaltung braucht zur Verbesserung der Staatsstraße Calw — Teinach auf der Markung Calw einen schmalen Streifen der städtischen, sogenannten Hummelstein Wiesen von der Brücke im Gewand Bländerle linksseitig bis Tanneneck, und zwar im Gesamtaufwand von 12 M. Es handelt sich lediglich um die Böschungsfläche entlang den Wiesen, die auf 30 % pro Quadratmeter geschätzt wurde. Die Straßenbauverwaltung, in deren Auftrag Kanzleirat Höchel (Stuttgart) und Regierungsbaumeister Geiger von hier an den Beratungen teilnahmen, machte nun den Vorschlag, die Stadt möchte dieses Gelände zur Verbesserung der auf ihrer Markung laufenden Staatsstraße, die dem Staat einen Kostenaufwand von etwa 12.000 M. verursacht, unentgeltlich abtreten, und außerdem noch die Wiese links vor der Reutheimer Steige von der Bländerlebrücke her. Die Wiese umfaßt ein Gelände von 8 Ar; sie soll einerseits dazu verwendet werden, das Auffüllmaterial für die Straßenverbesserung zu liefern, andererseits soll dort ein Gerätemagazin der Straßenbauverwaltung in Form eines 11,7 m langen und 7,7 m tiefen Blockhauses erstellt werden. Als Ersatz für den Wegfall der längs der Straße stehenden Bäume wurden 750 M. geboten. Die jeweils anzubringenden Sicherheitsrandsteine würden einen Aufwand von insgesamt 1600 M. verursachen, der nach der staatlichen Wegeordnung von der Stadt zu tragen wäre. Nach eingehender Behand-

Die Entwicklung und Politik Englands. *)

Historische Streiflichter.

Von H. Weib, Pfarrer a. D. in Hirsau.

(Fortsetzung.)

Es hatte sich die Weissagung erfüllt, die schon 1759 der dänische Staatsmann Bernstorff aussprach: „Alles, was man heute unternimmt, um zu verhindern, daß sich inmitten Deutschlands eine ganz kriegerische Monarchie erhebe, deren eiserner Arm die kleinen Fürsten zermalmen wird — das alles ist verlorene Arbeit.“

So war das Ergebnis des Siebenjährigen Krieges für Preußen selbst außerordentlich wertvoll, nicht minder aber für die Neubildung von ganz Deutschland. Denn die Kloden, welche den Friedensschluß von Hubertusburg einleiteten, verkündigten zugleich die Geburtsstunde Neudeutschlands.

Dreißig Jahre hatte es im Dreißigjährigen Kriege gebraucht, um das alte Deutsche Reich, das unter der Vorkherrschaft Österreichs stand, zu zertrümmern, nur sieben Jahre dauerte es, um die Grundmauern des neuen Deutschen Reiches unter der Führung Preußens zu legen, und Friedrich ist der große Baumeister, der dies zustande brachte. Um sich der habsburgischen Uebermacht im Dreißigjährigen Kriege zu erwehren, bedurfte man fremder Hilfe und mußte dazu noch schmähtlichen Helferlohn zahlen; aber jetzt war es

Friedrich allein, der Österreich aus dem Sattel hob; denn das treulose England kam nicht in Betracht. Nur deutsche Kraft entschied den Sieg und brachte den großen Umschwung zuwege.

Dies entsprach dem kerndeutschen Wesen Friedrichs. Denn obgleich man sich am Berliner Hof teils nach damaligem Brauch, teils aus Unbeholfenheit des Französischen bediente, hat Friedrich doch immer als guter Deutscher geführt und gehandelt. So wenig wie Bismarck hat er je einem fremden Staate auch nur einen Quadratzoll deutschen Landes versprochen oder versündigt, was man dem Wiener Hofe allerdings nicht nachrühmen konnte. Denn ihm mußte Friedrich vorwerfen, daß er die Thermopylen Deutschlands, nämlich die Vogesen, dem Fremdling geöffnet und Lothringen an Frankreich preisgegeben habe.

In Friedrichs Seele lebte überhaupt ein schroff abweisender Nationalstolz. Daß fremde Nationen auf deutschem Boden Herren sein sollten, erschien ihm als eine Verleumdung, und darum war er bestrebt, den neuen deutschen Staat „durch die Schreden der Waffen“ auf eine solche Stufe emporzuführen, daß er gegen jede Nachbarmacht seinen freien Willen behaupten durfte. So hat er den Grund gelegt zur deutschen Freiheit im edelsten Sinn. Deutschland sollte frei sein von der Knechtung des Auslands und in seinen eigenen Angelegenheiten sein eigener Herr.

Was nicht denn einzelnen eine noch so weitgehende persönliche Freiheit, wenn das Vaterland in tausend Fesseln liegt und vor den gewalttätigen Eingriffen neidischer und giftiger Nachbarn sich nicht rühren und zu keinem Gebel-

und Wohlstand gelangen kann und sich immer in Schmach und Armut zurückwerfen lassen muß, wie es auch jetzt wieder unsere mißgünstigen Feinde beabsichtigen. Aber das neue Deutschland, dessen Grundlinien Friedrich der Große mit der Spitze seines Degens auf die Karte von Europa eingezeichnet und dem er mit der Schärfe seines Geistes Bahn gebrochen hat, läßt sich nicht wieder unterdrücken von der Menge seiner Seelenwörter, noch seine freien Entschlüsse im Innern beeinträchtigen durch die aufbringliche Weisheit eines transatlantischen „Monroe“-Präsidenten.

Erst durch das Auftreten Friedrichs des Großen hat endlich der Deutsche selbst sein längst verloren gegangenes Nationales Bewußtsein wiedergewonnen. Vorher galt die Regel, daß, wer nicht gut österreichisch war, gut schwedisch sein mußte, wie so mancher begabter Verehrer des Schwedenkönigs Gustav Adolf, des Löwen von Mitternacht, oder gut französisch oder englisch; aber niemand besaß den Ehrgeiz, sich einen Deutschen zu nennen. Man schämte sich seiner eigenen Nation. Ein Deutscher zu sein galt damals zwar nicht als Sünde, aber beinahe als Schande. Durch Friedrich den Großen fing das an anders zu werden. Der Tiefereblickende konnte schon damals merken, daß in Preußen die nationale Ehre und damit die nationale Zukunft Deutschlands gewahrt und verbürgt lag. Und tatsächlich hat sich auch mit der Zeit an das „Ich bin ein Preuze, kennt ihr meine Farben?“ das „Deutsche Grenadiere tragen schwarz-weiß-rot“ in engem Anschluß angeereiht. Auf dem Höhenzollern stand Deutschlands Wiege.

Fortsetzung folgt.

*) Ist auf der Geschäftsstelle dieses Blattes in Buchform erhältlich; gebunden 1,30 M., gebunden 2.— M.

... Dem... Schlichtungen... 200 bis... 12. Nr... wurde... leirat... un den... fferung... dem... urfaßt... e links... te her... merseits... traßen-... Geräte-... 11,7 m... Als... henden... genden... gefam... ednung... hand...

Tung der Angelegenheit beschlossen die Kollegien, das Gelände längs der Hummelwiesen zu dem Schätzungspreis von 30 $\text{\$}$ pro Quadratmeter abzutreten, zugleich aber die Straßenbauverwaltung zu bitten, in Wäldern auch eine Verbesserung der Straße weiter hinaus, namentlich in Rücksicht auf die für den Verkehr gefährliche Ecke beim Schächterischen Bierkeller, vorzunehmen. Die Abtretung des andern Wiesen-geländes wurde jedoch auf Antrag von HAD. Wagner ab-gelehnt, weil sich die Kollegien dessen Einwand nicht ver-schließen konnten, daß bei Aufgabe dieses Areals die Hum-melischen Wiesen, die eventuell als Jagdgelände verkauft werden könnten, entwertet würden, da der Käufer unbedingt auch Interesse an diesem Gelände zur Erstellung von Nebenbauten hätte. Dafür wurde der Straßenbauverwal-tung aber ein für ihre Zwecke ebenso geeignetes Gelände in der Sandgrube angeboten, aus dem sie das nötige Auffüll-material beziehen, und wo sie auch das Gerätemagazin er-stellen kann. Auf dieser Grundlage sollen die Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden. Die Straße wird eine 5 Meter breite Fahrbahn und einen 2 Meter breiten Gehweg erhalten. — Den Schluß der Beratungen bildete die Be-handlung der Frage einer weiteren Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen der städtischen Beamten, Unterbeamten, Angestellten und Arbeiter. Der Vorsitzende begründete die Vorlage mit den auch vom Ministerium des Innern vor einem Vierteljahr angeführten Beweggründen zur Neuregelung der Gehälter und der Gewährung von Kriegsbeihilfen: Bei der stetig zunehmenden Teuerung auf allen Gebieten der Lebenshaltung sei es den Festbediensteten und Beamten unmöglich, die auch im Kriege gestiegene Kaufkraft der Arbeitsleistung auszugleichen, weshalb Staat und Gemeinden darauf bedacht sein müßten, hier einen billigen Ausgleich zu schaffen. Entsprechend dem Vorschlag des Städtetags für den Schwarzwaldkreis sollen sich die Teue-rungszulagen an die vom Staat bewilligten Sätze grundsätz-lich anschließen. Der Staat gewährt eine Gehaltszu-lage an verheiratete Beamte und Unterbeamte je nach der Gehaltsklasse von 700, 850 und 1000 $\text{\$}$, an unverheiratete in Höhe von 500, 600 und 650 $\text{\$}$. Dazu kommt eine jähr-liche Beihilfe für Verheiratete in Höhe von 250 $\text{\$}$ und für jedes Kind 100 $\text{\$}$, außerdem noch für jedes Kind eine Gehaltszulage von 100 $\text{\$}$. Nach eingehender Erörterung wurde die Gehaltszulage im Rahmen der staatlichen Leistun-gen für die Beamten und Unterbeamten genehmigt und weiterhin die den Verheirateten zu gewährende Beihilfe mit 75 Prozent des staatlichen Satzes. Ein verheirateter Beamter oder Unterbeamter erhält also rund 190 $\text{\$}$ Beihilfe, für jedes Kind 75 $\text{\$}$. Die Gehaltszulagen für die Kinder kommen in Wegfall. Selbstverständlich werden bei Festlegung dieser Gehaltszulagen die vorhergehenden Teue-rungszulagen ebenso wie beim Staat in Abrechnung gebracht. Die durchschnittlichen Gehaltserhöhungen belaufen sich durch-schnittlich auf 500 bis 700 $\text{\$}$, wobei die Kinderzahl natür-lich auch eine Rolle spielt. Den unständigen Beamten sollen persönliche Teuerungszulagen, den nicht vollbeschäftigten Be-amten die Hälfte der staatlichen Zulagen gewährt werden. Die Gasarbeiter und die Stadttagelöhner sollen zu ihrer bisherigen Teuerungszulage einen Stundenzuschlag von 10 $\text{\$}$ erhalten. Die nebenamtlich Angestellten erhalten nochmals einen Gehaltszuschlag von 10 Prozent zu dem vor-jährigen von 10 Prozent. Auch die Gratialempfänger der Stadt wurden mit einer 25-prozentigen Erhöhung ihrer Renten bedacht. 60 Prozent der den Beamten und Unter-beamten gewährten Gehaltszulagen sollen als pensions-berechtigt erklärt werden. Die gesamten Kriegszulagen ver-

ursachen eine jährliche Mehrausgabe von etwa 15 000 $\text{\$}$ für die städtische Kasse. Nach Genehmigung dieser durchgreifenden Regelung der Gehaltsverhältnisse der städti-schen Beamten wurden für die Ludendorffspende noch 200 $\text{\$}$ ausgezahlt; es wurde jedoch betont, daß bei Ge-legenheit auch noch eine Sammlung für die Kriegsbeschädig-tenfürsorge vorgenommen werden soll. — Nach 4 $\frac{1}{2}$ stündiger Dauer hatte damit die Tagesordnung ihr Ende erreicht.

Herabsetzung der täglichen Mehlration von 200 auf 160 g.

Das Kriegsernährungsamt teilt amtlich mit: Die Ent-wicklung der Getreidezufuhren aus der Ukraine gestattet es leider nicht, unsere Brotversorgung in den letzten Monaten des Erntejahres auf diese unsicheren, im voraus nicht genau zu übersehenden Einkünfte zu gründen. Wir sind daher, wenn wir sicher gehen wollen, für den Rest des Wirtschaftsjahres in der Hauptsache auf die Deckung aus dem deutschen Inlandsvorrat angewiesen. Die zur Verfügung stehenden Innapen Vorräte machen eine Einschränkung des Verbrauchs notwendig. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichs-getreidestelle in seiner Sitzung am 1. Mai unter Zustimmung des Direktoriums mit Wirkung vom 18. Juni des Jahres ab beschlossen: Die tägliche Mehlmenge wird für die Ver-jorgungsberechtigten von 200 auf 160 Gramm herabgesetzt. Die bisherige Zulage von Schwer- und Schwerstarbeiter bleibt bestehen. Die vom Selbstverorger zu verbrauchende Getreidemenge, die bereits mit Wirkung vom 1. April herab-gesetzt ist, erfährt keine weitere Minderung. Die Wieder-herstellung der alten Ration wird erfolgen, sobald genügende Zufuhren aus der Ukraine in den Händen der Reichs-getreidestelle sind, spätestens aber, wenn der Fruchtertrag aus der Ernte 1918 die Bestände der Reichsgetreidestelle auf-gefüllt hat. Für den Ausfall an Mehl wie im vorigen Jahre Ersatz an Fleisch zu geben, ist diesmal ausgeschlossen. Nach der starken Verringerung unserer Schweinebestände bewirkt die jegliche Fleischration bereits einen derartig erheblichen Eingriff in unsere Rindviehstapel, daß eine weitere In-anspruchnahme die Milch- und Fettversorgung aufs schwerste gefährden würde. Ein Ersatz wird jedoch durch reichlichere Ausgabe von Zucker gewährt werden. Ebenso wird die Ver-teilung von Mehlmitteln in den Wochen der Brotverfäul-zung eine Verstärkung erfahren.

Gemüsehöchstpreise.

Die Landesversorgungsstelle hat folgende Höchstpreise fest-gesetzt:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Stellhandelspreis
1. Spargel, beste Sorte	96	113	145
Suppenpargel	30	35	40
2. Khabarber	10	—	—
3. Spinat	25	—	—
4. Erbsen	22	—	—
5. Frühlwiewiebeln bis 10. Juni	30	—	—

Rückgang der Geburten und Sterblichkeit unter den Kindern.

Angeichts der in München am 27. und 23. Mai statt-findenden Tagung, die die „Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft“ beraten wird und bei der eine Reihe von berufenen Persönlichkeiten als Redner angemeldet sind, wird eine Statistik veröffentlicht, die einen erschreckenden Rückgang der Geburtenzahl während der letzten Jahrzehnte im Deutschen Reich verzeichnet. Im Jahre 1877 noch trafen auf 1000 Einwohner jährlich 41 Neugeborene, im Jahre 1913 nur noch 27. Auf Grund der neuesten Statistiken wer-den entsprechend der heutigen Einwohnerzahl Deutschlands statt über 2 Millionen nur noch 1 100 000 Kinder jährlich

geboren, also jährlich 900 000 Kinder weniger als früher. An der nach der Geburt der Kinder eintretenden Vermin-derung der Bevölkerung trägt eine Hauptschuld die große Sterblichkeit der Kinder. Sie beträgt unter den Kin-dern bis Ende des 1. Lebensjahres ein Drittel, unter den Kindern bis zum Ablauf des 15. Lebensjahres die Hälfte der Gesamtgeburt überhaup. Die Sterblichkeit der Kinder bis zum ersten Lebensjahr beläuft sich auf über 15 Prozent; würde es deshalb gelingen, die Kindersterblich-keit in Deutschland nur um 5 Prozent herabzubringen, so würde das allein einen jährlichen Ueberschuß von ca. 100 000 Kindern geben. Noch erschreckender ist die Zahl bei der Sterblichkeit der unehelichen Kinder: von 1000 lebend geborenen unehelichen Kindern erreichen nur 332 das Ende des 1. und 196 das Ende des 15. Lebensjahres; also 7 Achtel aller lebend geborenen unehelichen Kinder erreichen nie das erwerbsfähige Alter.

(S.C.B.) Stuttgart, 16. Mai. In der Nacht vom Diens-tag zum Mittwoch wurde das Reformationsdenkmal an der Hospitalkirche von Bubenhand durch Beiprügen mit einer roten Flüssigkeit schwer beschädigt. Die Flüssigkeit ist chemisch festgestellt; sie wird hauptsächlich im Bäcker- und Konditor-gewerbe und in Buntpapierfabriken gebraucht. Nach dem Umfang der Beschädigungen ist eine Menge von 1 $\frac{1}{2}$ bis 2 Liter konzentrierte Lösung verwendet worden.

(S.C.B.) Geislingen a. St., 16. Mai. Die Württg. Metallwarenfabrik hat der Stadtverwaltung zu Zweck der Kriegshilfe zugunsten der Gemeindeangehörigen eine Stiftung in dem hohen Betrag von 100 000 $\text{\$}$ über-wiesen und als weiteren Beitrag zur Errichtung eines Klein-kinderschulgebäudes in Ultenstadt 2000 $\text{\$}$ bewilligt.

(S.C.B.) Vom Bodensee, 16. Mai. Bei der Firma J. Schiefer, A.-G., in Radolfzell traten sämtliche Weber-innen in einen Lohnstreik, der nach einer Stunde durch das bereitwillige Entgegenkommen von Jean Schiefer be-geleitet wurde, indem den Weberinnen am Risiko 4 $\text{\$}$ auf-gebeßert wurde.

Evangelische Gottesdienste.

Pfingstfest den 19. Mai: Vom Turm 232. — Predigtlied: 230, „Geist des Lebens“. Kirchenchor: „Nun bitten wir den heiligen Geist“ (Gesangb. 230). — 9 $\frac{1}{2}$ Uhr: Beichte in der Sakristei. — 9 $\frac{1}{2}$ Uhr vorm.: Predigt, Dekan Zeller. Abend-mahl. — 5 Uhr: Abendpredigt, Stadtpfr. Schmid. — Das Opfer ist für bedürftige evangel. Kirchengemeinden im In- und Ausland bestimmt. — Pfingstmontag den 20. Mai: 9 $\frac{1}{2}$ Uhr: Predigt, Stadtpfr. Schmid. — Donnerstag den 23. Mai, 8 Uhr abends: Kriegsbefestunde, Dekan Zeller.

Katholische Gottesdienste.

Pfingstsonntag den 19. Mai, 8 Uhr: Frühmesse. — 9 $\frac{1}{2}$ Uhr: Predigt mit Hochamt und Aussetzung. — 2 Uhr: feierliche Pfingstandacht. — Pfingstmontag den 20. Mai, 8 Uhr: Frühmesse. — 9 $\frac{1}{2}$ Uhr: Amt mit Evangelium-verlesung. — Pfingstdienstag, 7 Uhr: Gottesdienst für die Ausmarschierten der Pfarrgemeinden. — Freitag, 8 Uhr: Lazarettgottesdienst. — Mittwoch u. Freitag, abends 8 Uhr: Mai- und Kriegsandacht.

Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr und abends 8 Uhr: Pre-digt, Prediger Fr L. Vormittags 11 Uhr: Sonntagschule. Mittwoch abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Kriegsbefestunde.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtschultheißenamt Calw.

Es kann gekauft werden auf Lebensmittelmarke Nr. 41 B

200 Gramm Teigwaren,
das Kilogramm Auszugsware zu 1.64 Mk., das Kilogramm Wasser-ware zu 1.20 Mk., Nr. 42 B

125 Gramm Gries,
das Kilogramm zu 64 Pfg., Nr. 43 B

100 Gramm Gerste,
das Kilogramm zu 72 Pfg., sowie der auf Buttermarke II bestellte

Butter
auf 1 Marke entfallen 62 $\frac{1}{2}$ Gramm, Buttermarke Nr. I ist unglückl.
Calw, den 17. Mai 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

Gechingen.

Schwarzkalk habe wieder auf Lager
in Gechingen und am Bahnhof Althengstett.
Samuel Vetter.

Bügel-Rohlen sind wieder eingetroffen.
Bei Abnahme von ganzen Säcken ermäßigte Preise, für Wieder-verkäufer erfolgt billigste Berechnung.
Emil Retter, Weilderstadt.

Es ist erschienen:
Englands Politik und Entwicklung
von A. Weiß, Pfarrer a. D., Hirsau.
Preis geheftet Mk. 1.30 gebunden Mk. 2.— zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verkaufe ältere
Windmaschine
sowie **Rudelbrett**
Schreinermeister Schaible,

Der
Gras-Ertrag
eines Baumgartens bei der Neuen Handlungsschule ist zu verkaufen.
Von wem, sagt die Geschäfts-stelle dieses Blattes.

Zu verkaufen:
2 Paar sch. Kuhkummet,
2 eis. Stirnband,
kl. u. gr. Pferdegeschirr,
sowie 3 sch. Korbfl. m. Körbe
und Verschiedenes.
H. Maier, Altburgerstr. 285.

Ein vollständiges großes
Bett
und einen schönen
Kinderwagen
hat zu verkaufen
Friedrich Rathfelder,
Sattler, Oberkollbach.

Grasverkauf.
Verkaufe am Pfingstmontag, morgens 9 Uhr, in der Stamm-heimer Steige an Ort und Stelle den Grasertrag von 20 Ar und um 11 Uhr 16 Ar bei der Schaf-schauer.
J. Weimert.

Herbe
neu und gebraucht
verkauft
Eug. Vebzelter, Bauschlösserei
Calw.

Althengstett.
1000 Stück
Bohnenstecken
verkauft.
Johs. Nyasse, Milchhändler.

Im Felde
ist der beliebteste Lesestoff
das Heimatblatt
bestellen Sie deshalb Ihren Angehörigen sofort das — „Calwer Tagblatt“ —

Bühlbrunn Dfl. Schorndorf, Sähenhardt,
den 15. Mai 1918.

Trauer-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten
zur schmerzlichen Nachricht, daß unser lieber guter
Schwiegerohn, Schwager und Onkel



Ernst Hof,

Erfahreservist,
Inhaber d. Eisernen Kreuzes 2. Kl.,

am 24. März, nach 40 monatlicher treuer Pflicht-
erfüllung den Heldentod für das Vaterland ge-
storben ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der Schwager: Friedrich Schönhardt.

Freiwillige Feuerwehr Calw.



Die Frühjahrsübungen 1918

finden statt:

- | | | |
|---------------|-------------------|---------------------|
| 1. Kompanie | 18., 23., 25. Mai | je abends
8 Uhr. |
| 2. " | 21., 25. " | |
| 2. " (4. Zug) | 21. " | |
| 3. " | 22., 25. " | |
| 4. " | 21., 25. " | |

Antreten am Spritzenhaus.
Anzug: Gurt, Mütze und Helm.

Hauptübung

Montag, 27. Mai, abends 7 Uhr, mit sämtlichen
Mannschaften

in voller Ausrüstung und Helm, anschließend

Hauptversammlung

bei Kamerad Braun, zum „Badischen Hof“.

Unentschuldigtes oder ungenügend entschuldigtes Ausbleiben wird
nach § 13 der Satzung bestraft.

Der Verwaltungsrat:
J. L. Widmayer.

Calw.

Die nächste Zuteilung von

Brennholz für 1918

findet am Dienstag, den 21. Mai 1918, im Rathaus Zimmer Nr. 6
statt und zwar für die Buchstaben M bis N nachmittags 2 Uhr,
für die Buchstaben S nachmittags 3 Uhr.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Zuteilung nur
an solche Haushalte erfolgen kann, die jederzeit ihrer Meldepflicht ge-
nügt haben.

Den 17. Mai 1918.

Stadtpflege: Frey.

Mit vollster Zufriedenheit

lese ich seit einem Jahre das
„Calwer Tagblatt“ und möchte
es auch ferner nicht vermissen,
da man in allem Wissenswer-
ten vorzüglich unterrichtet wird.

So und ähnlich lauten viele Zuschriften,
die wir aus dem Felde bekommen.

zum baldigen Eintritt jüngeres
fleißiges

Mädchen

gesucht.

Frau Albert Wochle,
Vedersbldg.

Für sofort oder 1. Juni

Zuverlässige Frau

zum Austragen von Zeitungen
gesucht. Von wem, sagt die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Buchfrau

gesucht

für 2 Tage in der Woche
Frau Apotheker Reichmann.

Zwei

ehrliche, fleißige, gesunde u. kräftige

Dienstmädchen,

von denen die eine kochen kann,
werden gesucht auf 1. Juli,

Frau Apotheker Honold,
Dürrenz - Mählacker,
Fernruf 27.

Einen ordentlichen

Jungen

nimmt in die Lehre

Heinrich Essig, Flaschnerstr.

Zwei schön möblierte

Zimmer

und Küche hat auf 1. Juni
zu vermieten.

Ehr. Stürner.

Sauerkraut,

3 Pfd. 12 Pfg.,

im

Spar- und Consumverein.

Postkarten

von der Front, einfarbig, 100
Muster Mk. 3.—; farbenphoto-
graphische Aufnahmen, 8 Serien
= 48 bunte Karten Mk. 3.—;
50 Blumenkarten Mk. 3.—.

Glaspapier

Flintpapier, Sandpapier, gelb
oder grau, 28 : 23 cm oder
68 : 56 cm, mit kleinen Fehlern
100 kg. Mk. 140.—; Probepost-
pack 5 kg Mk. 8.— (kleine
Abfallstücke 10—15 cm gross
5 kg Mk. 4.— ab hier gegen
Nachnahme

Paul Rupps, Freudenstadt 223.

Einen gebrachten gut erhaltenen
mittelgroßen

Herd

sucht zu kaufen

Kaufmann Leuthardt,
Nonnengasse.

Verkaufe meinen prima

Hofhund,

(Dogge) als Zughund sehr geeignet
Kirchherr, Simmshausen.

Calw.

Geschäfts-Übertragung und Empfehlung.

Meiner werten Stadt- und Landkundschaft mache ich
hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mit heutigem Tage
einen Teil meines selbsterhaltenen Betriebes und zwar das
Messerschmiedgeschäft, die Stahlwaren-, Waffen- und
Fahrrad-Handlung samt Reparaturwerkstatt und
Schleiferei an Herrn Hans Maisel, Messerschmied-
meister, käuflich abgetreten habe.

Indem ich für das in reichem Maße erwiesene Vertrauen
meinen herzlichsten Dank ausspreche, bitte ich daselbe auch
auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Fr. Herzog.

Unter höchlicher Bezeichnung auf obige Mitteilung beehre
ich mich, die verehrliche Einwohnerschaft von hier und Um-
gebung in Kenntnis zu setzen, daß ich das von der Firma
Fr. Herzog hier, festsitzende

Messerschmiedgeschäft, Waffen-, Stahlwaren- u. Fahrradhandlung

verbunden mit

Reparaturwerkstatt und Schleiferei,

untere Marktstraße 76, an der Brücke,

käuflich erworben habe und in seitheriger Weise weiterführen
werde.

Indem ich angelegentlichst bestrebt sein werde, das Ver-
trauen meiner Kundschaft durch tadellose Arbeit, prompte und
reelle Bedienung zu erwerben, bitte ich um geneigtes Wohl-
wollen und zeltliche

hochachtungsvoll

Hans Maisel, Messerschmiedmeister.

Fernsprecher Nr. 157.

NB. Schleiferei und Reparaturen
werden jederzeit angenommen.

Mitteilung.

Um Irrtum wegen der Uebergabe eines Teils meines
selbsterhaltenen Geschäftsbetriebes zu vermeiden, gestatte ich mir,
meine verehrliche Kundschaft höflichst darauf aufmerksam zu
machen, daß ich mein

Maschinen = Geschäft

mit Reparaturwerkstätte,

(Nähmaschinen, Molkemilchzentrifugen,
Wasch- und Bringmaschinen),

nebenan im früher Schauffelbergerischen Hause

in unveränderter Weise weiterbetreiben werde.

Hochachtungsvoll

Fr. Herzog, beim „Mühle“.

Fernsprechanruf Nr. 100.

Tanz- und Anstands-Unterricht!

Unterschiedete beehrt sich Interessenten auf ihren Tanz-
und Anstandsunterricht ergebenst aufmerksam zu machen.
Prospekt und Liste zum Einzeichnen liegt auf im
„Badischen Hof“ sowie bei Herrn Gottlieb Weiß.

Hochachtungsvoll

Frau Amalie Jeller, geb. Trautmann,
Tanz- und Anstandslehrerin.